

**II-7018 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

1010 Wien, den 18. August 1992
Stubenring 1
DVR: 0017001
Telefon: (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Auskunft: --
Klappe: - DW

Zl. 10.009/184-4/92

3137 IAB

1992 -08- 19

zu 3267 J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Madeleine Petrovic,
Freundinnen und Freunde an den Bundesminister für
Arbeit und Soziales, betreffend Beamtenpensionen,
Nr. 3267/J.

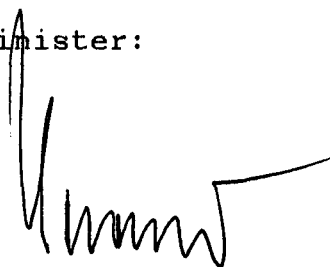
Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen
Anfrage ersichtlichen Fragen führe ich aus:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Gemäß Teil 2 der Anlage zu § 2 BMG fällt das Pensionsrecht der
öffentlich Bediensteten in den Aufgabenbereich des Bundes-
kanzleramtes.

Da mein Ressort für die angeführten Fragen nicht zuständig ist,
sehe ich mich außerstande diese zu beantworten.

Der Bundesminister:



BEILAGE

Nr. 3267 1J

1992 -07- 08

ANFRAGE

der Abgeordneten Madeleine Petrovic, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Beamtenpensionen

In der derzeit aktuellen Diskussion um die Pensionsreform spielen immer wieder die Beamtenpensionen eine wesentliche Rolle. Dies veranlaßt uns zu folgender

ANFRAGE:

1. Wieviele Prozent der Beamtenpensionen liegen über der höchsten ASVG Pension?
2. Wie gliedern sich die über der ASVG Pension liegenden Beamtenpensionen in die einzelnen Verwendungsgruppen auf?
3. Welche maximale Höhe können Beamtenpensionen erreichen?